

09. Juli 2010

## Finanznot der Städte und kein Ende

**BZ-GASTBEITRAG: Rolf Böhme sieht durch das Rekorddefizit die kommunale Selbstverwaltung stranguliert und fordert Reformen.**



Rolf Böhme Foto: BZ

Rettungsschirme und Finanzpakete treiben die Verschuldung des Staates in schwindelnde Höhen. Die Bürgerinnen und Bürger können die Zahlen kaum mehr nachvollziehen und die Sorge, ja die Angst wächst, ob der Euro stabil bleibt und das Schuldengebirge ohne Inflation jemals wieder abgetragen werden kann.

Die Absage der Bundesregierung an Steuergeschenke war auch dem drohenden und vielerorts bereits eingetretenen Finanzdesaster der Städte und Gemeinden geschuldet. Sparen hilft nicht mehr, jetzt geht es um den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung. Der Deutsche Städtetag erwartet bei den Kommunen ein Defizit von 15 Milliarden Euro, das wäre ein bisher nie erreichter Höchststand. Hilfe tut not. Deshalb hat Finanzminister Schäuble eine Gemeindefinanzkommission einberufen. Eine solche gab es bereits 2003. Auch damals war die kommunale Finanzlage schlecht, aber das Defizit lag mit acht Milliarden Euro immerhin nur bei der Hälfte von heute.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit Gemeindefinanzreformen ist allerdings vor schnellen Lösungen zu warnen. Die kommunale Selbstverwaltung braucht eine strukturelle Reform. Die Kassenlage der Städte und Gemeinden zeigt starke

Schwankungen. Der Grund liegt in der großen kommunalen Abhängigkeit von der Konjunktur und den daraus folgenden Veränderungen der Finanzausweisungen des Bundes und der Länder. Den Rezessionen 1993/94 (Ende des Wiedervereinigungsbooms) und 2001/2 (Platzen der Internetblase), folgten die Finanzeinbrüche bei den Kommunen. Umgekehrt haben hohe Steuereinnahmen in wirtschaftsstarken Jahren die kommunalen Haushalte kräftig entlastet, besonders deutlich in den guten Jahren 2007/08. Viele Städte und Gemeinden haben in dieser Zeit Schulden abbauen können.

Die kommunalen Haushalte sind also vom Auf und Ab der staatlichen Zuweisungen abhängig. Von der kommunalen Finanzautonomie ist nicht mehr viel übrig. Diese Beurteilung schmälert nicht die Bemühungen, durch Einsparungen und Einnahmesteigerungen vor Ort die Finanzlage aus eigener Kraft zu verbessern.

Die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen aus dem Jahre 2003 hat die Gewerbesteuer durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zwar etwas stabilisiert, aber sie blieb stark konjunkturabhängig. Deshalb wird die Schäuble-Kommission, jedenfalls nach dem Willen der Städte, versuchen müssen, die Gewerbesteuer weiter zu stabilisieren. Nicht die Abschaffung der Gewerbesteuer ist das oft erklärte Ziel der Städte und Gemeinden, sondern eine Verstetigung ihrer Einnahmen und die Anerkennung der Gewerbesteuer als ein Äquivalent der Wirtschaft für die Infrastrukturleistungen der Kommunen. Gleichzeitig sollte auch die Grundsteuer eine größere Bedeutung erhalten. Die Grundsteuer ist frei von Konjunkturschwankungen und könnte nachhaltig die Einnahmen der Städte und Gemeinden verbessern und verstetigen.

Immer dringlicher wird, dass die Städte und Gemeinden mehr Beteiligungsrechte bei allen Gesetzen des Bundes und der Länder erhalten, die kommunale Belange berühren. Es sollte aufhören, dass die Kommunen vor den Türen der Bundes- und Landespolitik sitzen und mühsam nachträglich ihre Forderungen durchsetzen müssen, weil wieder einmal die Zuweisungen des Staates nicht die Ausgaben decken, zu denen die Gemeinden gesetzlich verpflichtet werden. Diese Verstaatlichung der Kommunalpolitik stranguliert die kommunale Selbstverwaltung und degradiert die Bürgermeister zu Statthaltern des Staates. Zu Recht hat deshalb die Schäuble-Kommission auch den Auftrag erhalten, die Selbstverwaltung durch die Beteiligung der Kommunen an der Gesetzgebung des Bundes zu stärken.

### Starke Städte wirken politisch stabilisierend

Viel Zeit bleibt nicht, die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung zu bewahren und den Städten wieder die Verantwortung einzuräumen, die ihnen nach der Garantie des Artikels 28 Grundgesetz zusteht. Dabei ist die kommunale Kompetenz heute umso wichtiger, je mehr der Staat durch EU und globalisierte Zwänge supranationale Maßnahmen ergreifen muss. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kann da eine politische Stabilisierung bedeuten. Es wäre nicht das erste Mal, dass die kommunale Selbstverwaltung sich als Wurzelwerk unserer Demokratie bewährt und erwiesen hat.

- Der Autor war 20 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

Autor: bz

WEITERE ARTIKEL: KOMMENTARE

## **UNTERM STRICH: Hauptsache, Matula bleibt**

Heidi Ossenberg schätzt die Unauffälligkeit und Zuverlässigkeit des TV-Privatdetektivs. **MEHR**

## **Russland und Polen: Der Ton wird giftig**

Die Hoffnung auf bessere Beziehungen zwischen Polen und Russland schrumpft. **MEHR**

## **Straßburger Klavier: Reliquie mit Tasten**

Alexander Dick rätselt über ein Klavier aus Straßburg, auf dem angeblich Mozart spielte. **MEHR**